

## Englands Amerikapolitik und der U-Boot-Krieg.

Von Dr. Paul Rohrbach.

2.

Das Examen der englischen Presse ergibt, daß nicht die amerikanisch-deutsche Verständigung und in ihrem Geleit ein gemilderter U-Boot-Krieg den wahren Wünschen der englischen Politik entspricht, sondern trotz der damit verbundenen Verschärfung des deutschen U-Boot-Krieges der amerikanisch-deutsche Krieg. Es entsteht immer die Frage, ob England den Ausgleich zwischen Amerika und Deutschland nur darum zu hintertreiben sucht, weil es sich von dem Eingreifen Amerikas in den Krieg auf jeden Fall so große Vorteile verspricht, daß dadurch die erhöhte Schädigung durch unsere Unterseeboote wettgemacht wird — oder ob England ein neutrales und mit Deutschland veröhntes Amerika besonders fürchten zu müssen glaubt.

Eine Antwort hierauf können wir daraus ableiten, daß Grey in seiner Rede vom 22. Februar 1915, und nach ihm die gesamte liberale Presse im Gegensatz zur konservativen, Englands völkerrechtswidrige Maßnahmen als eine bloße Repressalie gegen den angeblich völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieg Deutschlands hingestellt und dadurch zu rechtfertigen versucht hat.

Wer Repressalien ausübt, kann das nur so lange tun, wie der Zustand, gegen den er sich wendet, besteht; ist der Grund für die Repressalie nicht mehr vorhanden, so muß von Rechts wegen auch die Repressalie selbst fortfallen, und das ganz besonders, wenn nicht nur der Feind, sondern auch die Neutralen unter ihr zu leiden haben. Das trifft ausgesprochenemassen für das Verhältnis von England, Deutschland, Amerika und den Neutralen im gegenwärtigen Seehandelkrieg zu. Die Kriegsgeschichte des „Manchester Guardian“ hat es am 22. Dezember 1915 unter der Überschrift „Repressalien — ein Ausweg aus dem Dilemma“ offen ausgesprochen: England hätte bei der Absperrung vom Seehandel, die es über Deutschland verhängte, den Neutralen kaum das zumuten können, was es ihnen tatsächlich zugemutet hat, wenn es nicht seine Maßnahmen als Repressalien gegen den „völkerrechtswidrigen“ U-Boot-Krieg Deutschlands hätte darstellen können.

Diese englische Charakterisierung der deutschen Seekriegsführung bedarf aber, um den Neutralen als gültig auferlegt zu werden, der Gegenzeichnung der Vereinigten Staaten. Wir finden eine direkte Bestätigung dafür in einer Äußerung des „Manchester Guardian“ vom 22. Juli 1915. Am Tage vorher war im Unterhause mitgeteilt worden, Amerika würde im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung bewaffnete Handelsschiffe in seinen Häfen wie gewöhnliche Handelsschiffe behandeln. Hierzu sagte die Zeitung: Diese große Erleichterung von amerikanischer Seite wäre England nur darum gewährt, weil Amerika die Methode der deutschen Unterseeboote nicht für Krieg, sondern für Seeräuberei hielte.

Hier also haben wir das Hauptmotiv dafür, daß England so großen Wert auf das Nichtzustandekommen des amerikanisch-deutschen Ausgleichs legt, und dies Motiv erklärt uns auch, warum die englische Presse, wie im Juli 1915, so auch jetzt wiederum unhöflich mit dem Präsidenten Wilson verfährt. Würden die Vereinigten Staaten durch eine Verständigung mit uns den U-Boot-Krieg nach ihrer Auffassung legalisieren, so würde damit der englische Handelskrieg in seinen scheinbaren Rechtsgrundlagen vernichtet werden. Sobald Amerika und Deutschland einig sind, müßte die englische Regierung den Neutralen gegenüber vollständig auf das liberale Argument verzichten: Die Belästigung des neutralen Handels sei nur durch die unvermeidlichen Repressalien gegen die deutsche „Ungefährlichkeit“ bedingt. Dann bliebe nur die Beweisführung der englischen Konservativen übrig: Rücksichtsloser Gebrauch der Seemacht ist gute alte englische